

# Das sagen die Parteien zu unseren Forderungen

Partei	Wahlprogramm	Antworten auf unsere Wahlprüfteine	Kommentar von LobbyControl	Fazit
CDU/ CSU	<p>nichts</p> <p><a href="http://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf">http://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf</a></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Nach Auffassung der CDU/ CSU bestehen bereits mehrere <b>Lobbyistenregister</b>.</li> <li>Eine <b>Karenzzeit</b> wird abgelehnt.</li> <li><b>Lobbyisten in Ministerien</b> sieht die CDU bereits durch die Verwaltungsvorschrift ausreichend reguliert.</li> <li><b>Nebeneinkünfte von Abgeordneten:</b> Verhaltensregeln sollen weiter entwickelt werden und Tätigkeiten und Einkünfte fokussieren, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die von der CDU/CSU angeführte Verbändeliste des Bundestages ist <b>kein Lobbyregister</b>. In ihr sind nur Verbände, nicht aber Unternehmen, Lobbyagenturen und Lobbykanzleien erfasst. Sie enthält weder Informationen über Budgets, Kunden oder bearbeitete Themen noch die Namen der tätigen Lobbyisten. Die von der CDU/CSU als „verbindliches Register“ bezeichnete Vorschrift zur Offenlegung der Mitarbeit von Externen in Ministerien ist ebenfalls kein Lobbyistenregister, sondern bezieht sich eben nur auf Lobbyisten in Ministerien (und enthält ebenfalls keine Namen oder Finanzdaten).</li> <li>Die Ablehnung von <b>Karenzzeiten</b> und von einem Verbot der <b>Mitarbeit von Lobbyisten in den Ministerien</b> halten wir für falsch.</li> <li>Ob und was die CDU zu einer Verschärfung der <b>Nebeneinkünfte</b>-Regelungen unternehmen will, bleibt sehr vage.</li> </ul>	<p>CDU/ CSU positionieren sich klar gegen Transparenz und Schranken für Lobbyisten. Die Regulierungsvorschläge von LobbyControl hält sie entweder für nicht praktikabel oder für unnötig.</p>
SPD	<p>S. 80:</p> <p>„Zur Demokratie gehört es, dass gesellschaftliche Gruppen versuchen, auf ihre Anliegen und Interessen aufmerksam zu machen. .... Allerdings hat die demokratische Öffentlichkeit ein Anrecht auf Transparenz. Dazu gehört auch, dass Lobbyisten offen legen müssen, welche Interessengruppen hinter ihnen stehen und sie bezahlen. Wir werden ein ent-</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Forderung nach einem verpflichtenden <b>Lobbyistenregister</b>.</li> <li>Eine <b>Karenzzeit</b> soll im Einklang mit dem Recht auf Berufsfreiheit stehen und die Zahlung von Übergangsgeldern berücksichtigen.</li> <li>Die Verwaltungsvorschrift für <b>Lobbyisten in Ministerien</b> könnte stellenweise strenger gefasst</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.</li> <li>Eine Karenzzeit soll verhindern, dass Regierungsmitglieder fliegend in eine Lobbytätigkeit wechseln. Alle anderen Berufe stehen ihnen selbstverständlich offen. Eine ähnliche Regelung existiert bereits für Beamte, auch wenn es an einer strikten Anwendung mangelt.</li> <li>Es ist bedauerlich, dass die SPD an der zeitweisen Mitarbeit von Externen in den Ministeri-</li> </ul>	<p>Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen strebt sie Verbesserungen an, die aber teilweise vage bleiben oder hinter den Forderungen</p>

<p>sprechendes <b>Lobbyregister</b> beim Deutschen Bundestag durchsetzen.“</p> <p><a href="http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Regierungsprogramm2009_LF_navi.pdf">http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Regierungsprogramm2009_LF_navi.pdf</a></p>	<p>werden, die Praxis selber wird aber nicht in Frage gestellt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Verhaltensregeln bzgl. der <b>Nebeneinkünfte von Abgeordneten</b> sollen überarbeitet, insbesondere die Stufen ausgebaut und erhöht werden.</li> </ul>	<p>en festhält und deren Bezahlung durch die Privatwirtschaft für unbedenklich hält.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Aussage, wie eine Überarbeitung der Nebeneinkünfte-Regelungen aussehen soll, bleibt vage.</li> </ul>	<p>von LobbyControl zurückbleiben.</p>
<p><b>FDP</b></p> <p><b>nichts</b></p> <p><a href="http://www.fdp-bundespartei.de/files/653/Deutschlandprogramm09_Endfassung.PDF">http://www.fdp-bundespartei.de/files/653/Deutschlandprogramm09_Endfassung.PDF</a></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung eines <b>Lobbyistenregisters</b> muss geprüft werden, wenn ja, würde ein freiwilliges Register bevorzugt.</li> <li>• Eine <b>Karenzzeit</b> wird nicht gefordert. Allerdings soll ein Verhaltenskodex ermöglichen, dass die Bundesregierung in den ersten zwei Jahren nach dem Ausscheiden aus der Politik einen Wechsel untersagen kann, wenn eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen droht.</li> <li>• Ob die Verwaltungsvorschrift zu <b>externen Mitarbeitern in Ministerien</b> ausreicht, soll geprüft und beobachtet werden.</li> <li>• Die Verschärfung der <b>Nebeneinkünfte</b>-Regelung 2005 wurde abgelehnt, eine erneute Erweiterung der Offenlegungspflichten wird ebenfalls abgelehnt.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Erfahrungen in Brüssel zeigen, dass ein freiwilliges Register nicht funktioniert. Nur verpflichtende Regeln können dafür sorgen, dass Lobbyisten nicht im Dunkeln arbeiten können.</li> <li>• Einen fliegenden Wechsel in eine Lobbytätigkeit nur dann zu untersagen, wenn „dienstliche Interessen beeinträchtigt“ werden, ist u.E. nicht ausreichend. Lange bevor dienstliche Interessen beeinträchtigt werden und ist ein privilegierter Zugang für den finanzkräftigen neuen Arbeitgeber des Ex-Ministers oder Ex-Staatssekretärs geschaffen.</li> <li>• Mit der Behauptung, eine Nebentätigkeit fördere die unabhängige Ausübung des Mandates eines Abgeordneten, missachtet, dass aus Nebentätigkeiten Abhängigkeiten und Interessenkonflikte entstehen können.</li> </ul>	<p>Mit der FDP ist Transparenz über die Nebeneinkünfte von Abgeordneten nicht zu haben. Eine sehr weiche und eng gefasste Regelung von fliegenden Wechseln wird angestrebt. Zu den anderen Themen hält sie sich mit klaren Standpunkten zurück und will vor allem „Fragen prüfen“.</p>
<p><b>Linke</b></p> <p>S. 17: „Wirtschaftsinteressen und Politik klar trennen: <b>Abgeordnete</b> dürfen nicht auf den Gehaltslisten von Wirtschaftsverbänden und Großbetrieben stehen, Parteien keine Spenden von Verbänden, Großbe-</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Forderung nach einem verpflichtenden <b>Lobbyistenregister</b>.</li> <li>• Forderung nach einer <b>Karenzzeit</b> von 5 Jahren beim Wechsel in eine Tätigkeit, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit in der Regierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen und die Nebeneinkünfte-Regeln deutlich verschärfen zu wollen.</li> <li>• Bei der Registrierungspflicht für das <b>Lobbyregister</b> halten wir einen bestimmten Schwellenwert (zeitlich oder finanziell) für sinnvoll, damit</li> </ul>	<p>Die Linke zeigt große Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, stellenweise geht sie darüber hinaus.</p>

trieben und ihren Eigentümerinnen und Eigentümern annehmen; ein **verbindliches** und transparentes **Lobbyregister** einführen, Nutznießer der Lobbytätigkeit offen legen, **keine Lobbyistinnen und Lobbyisten in Bundesministerien** beschäftigen, ihre Mitwirkung an der Erarbeitung von Gesetzentwürfen für jede und jeden jederzeit erkennbar machen“

[http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/LinkePV\\_LWP\\_BTW\\_090703b.pdf](http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/LinkePV_LWP_BTW_090703b.pdf)

steht.

- Die Beschäftigung von **Lobbyisten in Ministerien** soll ganz beendet werden.
- **Nebeneinkünfte von Abgeordneten** sollen nicht nur in Stufen, sondern ganz genau angegeben werden.

einmalige oder gelegentliche Kontakte etwa von BürgerInnen zu einem Ministerium ohne Aufwand möglich sind

- Wir halten eine **Karenzzeit** bei allen Wechseln in Lobbytätigkeiten für notwendig, und nicht nur dann, wenn die neue Tätigkeit im Zusammenhang mit der Tätigkeit in der Regierung steht. Denn auch bspw. ein ehemaliger Finanzminister schafft einem Energiekonzern, der ihn als Lobbyisten engagiert, einen privilegierten Zugang und Insiderwissen zur Politik.

## Grüne

S. 166:

„Um die Parlamente zu stärken, muss die Arbeit von Lobbyistinnen und Lobbyisten kontrolliert und transparent gemacht werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen besser nachvollziehen können, welche Verbände und Unternehmen Einfluss auf ein Gesetz genommen haben, ob auf nationaler oder europäischer Ebene. Wir verlangen **Karenzzeiten** für den Wechsel von Ministerinnen und Ministern und Staatssekretärinnen und Staatssekretären in die Wirtschaft, wenn ein Interessenkonflikt zwischen alter und neuer Tätigkeit besteht. Die Mitarbeit von Lobbyistinnen und **Lobbyisten in Ministerien muss beendet werden**, ein **verpflichtendes Lobbyistenregister** soll transparent machen, wer für wen Lobbyarbeit macht und wie viel Geld dabei im Spiel ist.“

[http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Wahlprogramm/BTW\\_Wahlprogramm\\_2009\\_290609.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm/BTW_Wahlprogramm_2009_290609.pdf)

- Forderung nach einem verbindlichen **Lobbyistenregister**.
- Forderung nach einer **Karenzzeit** von 3 Jahren bei Wechseln in einen Bereich, in dem der/die Betreffende zuvor regulierend tätig war.
- Die Beschäftigung von **Lobbyisten in Ministerien** wird kritisch gesehen. Die Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung ist zu weich formuliert und mit Umgehungsmöglichkeiten ausgestattet, Lücken müssen geschlossen werden.
- Transparenzregeln für **Nebeneinkünfte von Abgeordneten** sind ein wichtiger Schritt, eventuelle Lücken oder Unstimmigkeiten sollen beseitigt werden.

- Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.
- Wir halten eine **Karenzzeit** bei allen Wechseln in Lobbytätigkeiten für notwendig, und nicht nur dann, wenn der/die scheidende PolitikerIn zuvor in dem Bereich regulierend tätig war. Denn auch bspw. ein ehemaliger Finanzminister schafft einem Energiekonzern, der ihn als Lobbyisten engagiert, einen privilegierten Zugang und Insiderwissen zur Politik.
- Es ist bedauerlich, dass die Grünen die Mitarbeit von Externen in den Ministerien nicht ganz beenden will.
- Ob und was die Grünen zu einer Verschärfung der **Nebeneinkünfte**-Regelungen unternehmen wollen, bleibt vage.

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer